

**Zeitschrift:** Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus  
**Band:** 29 (1935)  
**Heft:** 4  
  
**Rubrik:** Rundschau

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 20.11.2024

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Mächten verhaftete Politik des offiziellen Katholizismus und ihre Zuneigung zu einem echten Sozialismus. Sie stellte aber an De Man die uns wohlbekannten Fragen über das Verhältnis des Sozialismus zur Religion, zur Weltanschauung, zum Staat und zur Erziehung. Von De Mans Antworten, die das ausfragten, was wir selbst auch so oft erklärt haben, war sie sehr befriedigt und fragte bloß, wie weit seine Stellung die der Partei und Bewegung sei. De Man bezeichnete sich bei dieser Gelegenheit als „religiösen Sozialisten“, der seine Inspiration vor allem dem Evangelium, aber auch Thomas von Aquino und Karl Marx verdanke. Dieser sei im Kern seines Wollens nicht gegen das Evangelium. Es kam dann zu einer Auseinandersetzung in der Partei, bei welcher zwar ein Teil, besonders die Lehrerschaft, sich über De Mans Stellung zum Schulproblem (die auch die meinige ist) beunruhigt zeigte, aber bedeutungsvollerweise gerade der einflußreiche jugendliche Vertreter des Radikalismus, Genosse Spaak, der Redaktor der „Action Socialiste“, auf seine Seite trat. Das sind höchst bedeutungsvolle „Zeichen der Zeit“.

So weht uns am Ende unseres Weges doch Auferstehungsodem entgegen.

6. April 1935.

Leonhard Ragaz.

## Rundschau

### Zur Chronik.

*I. Weltpolitisches.* 1. *Außerhalb Europas.* Paraguay und Bolivien haben eine Friedensvermittlung anderer südamerikanischer Staaten und der Vereinigten Staaten angenommen. Doch geht der Krieg vorwärts.

Der König von Siam hat abgedankt, wie es scheint, wegen Schwierigkeiten mit einer mehr militaristisch-faschistischen Strömung.

2. Die Minister von Schweden, Norwegen und Dänemark besprechen sich an einer gemeinsamen Zusammenkunft über Fragen des Exportes und der Weltpolitik.

Gegen die Führer der Aufständischen sind von den griechischen Militärgerichten, eine Ausnahme abgerechnet, keine Todesstrafen ausgesprochen worden.

*II. Wirtschaftliches.* Die ungefähr 5 Milliarden Dollar (20 Milliarden Schweizerfranken), die Roosevelt für Arbeitsbeschaffung forderte, sind nach harten Kämpfen mit einigen Vorbehalten bewilligt worden.

Luxemburg hat nach dem Vorgang Belgiens seine Währung ebenfalls um 10 % entwertet.

*III. Sozialismus.* Pierre Renaudel, einer der bedeutendsten Führer des französischen Sozialismus, ist gestorben. Er war ein Vertreter des Revisionismus und machte als solcher während des Krieges die Politik der Regierung mit. Wohl aus dem gleichen nationalen Motiv ging er eine Zeitlang mit den Neosozialisten. Er scheint ein lauterer Mensch und Politiker gewesen zu sein.

Die russischen Sowjet-Behörden haben plötzlich etwa tausend Vertreter des ehemaligen Adels und der Großbourgeoisie aus Petersburg ausgewiesen, angeblich wegen Spionage und Verletzung der Paßvorschriften.

In München hat Ende Februar eine Gerichtsverhandlung gegen 60 *Sozialdemokraten* stattgefunden, die unerlaubte Propaganda getrieben hatten. Alle sollen eine vortreffliche Haltung gezeigt haben. Sie wurden zusammen zu 90 Jahren Gefängnis verurteilt.

In *Indien* sind 24 Arbeiter-Organisationen verboten worden.

Das Bureau der *Zweiten Internationale* zieht, der Verlegung des Zentrums derselben folgend, von Zürich nach Brüssel, aber auch wegen der schlechten Behandlung durch die Behörden, die es erfuhr und der Anpöbelung seines Leiters durch die Frontisten. Trotzdem Fritz Adlers politische Haltung in wichtigen Punkten nicht meine Zustimmung hatte, ist das doch ein schwerer Verlust für Zürich und die Schweiz.

IV. *Natur und Kultur*. 1. Ungeheure *Sandstürme* haben in den südlichen Staaten von Nordamerika getobt, große *Ueberschwemmungen* in China wieder gewaltig viel Menschenleben gefordert, auch aufs Neue Hungersnot verursacht. Die *Malaria* hat auf Ceylon 54,000 Menschen hingerafft.

2. In der Bahnhofstraße in Zürich hat ein *Autoführer*, der erst zum zweiten Male sein Fahrzeug lenkte, in viel zu raschem Tempo fahrend und auf das Trottoir geratend, nacheinander zwei junge Leute getötet. Es erhöht das Schmerzlische dieses Ereignisses, daß die beiden Verlobte waren. Wie lange noch darf der Mord in dieser Weise unsere Straßen durchtoben? — Im Nationalrat soll eine Motion gestellt werden, wonach wieder eine Höchstgeschwindigkeit vorgeschrieben werden müsse. Es ist in der Tat ein seltsamer Optimismus von Menschen, die sonst Skeptiker, wenn nicht Zyniker sind, wie gewisse Gesetzgeber, gerade den Autofahrern Rücksicht auf die Mitmenschen zuzutrauen.

Bundesrat Baumann äußerte sich darüber folgendermaßen:

Im Straßenverkehr verunfallten im Jahre 1932 etwa 9200 Personen, wovon 8000 bei Unfällen mit Beteiligung von Motorfahrzeugen. Im Jahre 1933, dem ersten Jahr unter der Herrschaft des neuen Gesetzes, waren es rund 10,000 bzw. 8800, im Jahre 1934 rund 12,000 Personen, wovon etwa 10,000 bei Motorfahrzeugunfällen. Tödliche Unfälle ereigneten sich 461 im Jahre 1932, 505 im Jahre 1933 und 549 im Jahre 1934. Bei 85 bis 90 Prozent dieser Todesfälle waren Motorfahrzeuge beteiligt.

Furchtbare Auto-Morde werden von überall her immer neu gemeldet, so z. B. auch von Château-Thierry in Frankreich.

In Rom hat man seit Jahresanfang für den gewöhnlichen Straßenverkehr *Hupensignale* verboten; *daraufhin haben sich die Autounfälle im Januar bedeutend vermindert.*

Vom 7. bis 13. April soll in ganz Deutschland eine „*Lärmbekämpfungswoche*“ durchgeführt werden. Sehr schön — nur, was wird dann aus dem Hitlertum?

Die berüchtigte *Spielhölle* in Campione, einer italienischen Enklave Lugano gegenüber, soll dauernd geschlossen werden, weil leichte Gelegenheit zu *Devilenschmuggel* bietend.

3. In dem berühmten *Negerprozeß* von Scottsboro hat der Oberste Gerichtshof das letzte noch aufrecht erhaltene Todesurteil aufgehoben.

Eine Privatabstimmung über das *Frauenstimmrecht*, das vom „*Echo de Paris*“ durchgeführt wurde, zeigte, daß vorläufig mehr die Rechtskreise dafür sind, weil sie von ihm Stärkung erwarten, während die Linkskreise aus diesem Grunde noch Zurückhaltung beobachten.

4. Zwei wichtige Ereignisse für die Geisteskultur sind die *Entdeckung einer Handschrift mit Evangeliumfragmenten*, welche sich als die älteste von allen darstellt und nicht unwichtige Aufschlüsse verspricht, und die Auffindung eines Schlüssels zur Entzifferung der bisher völlig unverständlichen *Maya-Schrift* in Mittel-Amerika, die von einer eigenartigen Kultur künden wird.

V. *Kirche und Religion*. 1. Der Religions- und Kirchenkampf in *Deutschland* geht weiter. Kürzlich hat die Altpreußische Bekenntnisynode wieder ein sehr scharfes Manifest gegen das „*Neuheidentum*“ herausgegeben, das von allen

Pfarrern der Bekenntniskirche auf den Kanzeln verlesen werden sollte. Um dies zu verhindern, hat die Regierung 500 Pfarrer verhaften lassen. Infolge der Intervention wichtiger Persönlichkeiten wurden sie aber bald entlassen. Die „Deutschen Christen“ seien bereit, den sogenannten Reichsbischof Müller fallen zu lassen, wenn man sich im übrigen verständigen könnte. (Er mag sich mit der Trauung Görings trösten, die er im Dom von Berlin vornehmen darf!) Die Hitler-Magnaten möchten den Kirchenstreit möglichst bald erledigt haben und drohen mit Nachhilfe durch die staatliche Gewalt.<sup>1)</sup> Der Vorstoß der „neuheidnischen“ Glaubensbewegung zeitige fortwährend große Erfolge. Die Hitler-Jugend sei davon sehr stark beeinflusst. Katholische Kirchenfürsten erheben dagegen immer aufs Neue Protest, so neuerdings der vatikanische Staatssekretär Pacelli in einem Brief an den Erzbischof Schulte von Köln. Aber sie treiben zugleich Markt mit Hitler.

Die neueste Friedensrede des *Papstes* bei Anlaß eines Konsistoriums habe wenig Eindruck gemacht. Welch eine andere Sprache könnte und sollte in dieser Weltnot ein Papst führen! Dann könnte vielleicht das geschehen, was jetzt wohl nur Gerücht ist, nämlich ein Attentat auf den Papst.

An die Stelle von Karl Barth ist nun *Friedrich Gogarten* berufen worden. Er wird also die dialektische Theologie in den Dienst des Dritten Reiches stellen.

2. In England habe es einen Sturm gegen den *Zehnten* gegeben, der scheinbar an manchen Orten immer noch an die anglikanische Kirche abgegeben werden muß. Man habe sogar das Bild des übrigens meines Wissens sehr sozial gesinnten Erzbischofs von Canterbury verbrannt. Immerhin nicht Mexiko oder Spanien!

3. Von dem hanseatischen Sondergericht in Hamburg wurden 30 *Ernstes Bibelforscher* zu Gefängnisstrafen bis zu einem Jahre verurteilt.

4. *Professor Paul Wilhelm Schmiedel* ist im Alter von 84 Jahren gestorben, nachdem er sein Lehramt an der theologischen Fakultät von Zürich schon lange hatte aufgeben müssen, weil er die Altersgrenze überschritten hatte. Er war einer der letzten noch übrigen Vertreter dessen, was einst als sogenannte liberale Theologie die Fakultäten beherrschte. Sein theologisches Credo war etwas dürftig, aber nicht sein persönliches Glaubensleben. Jedenfalls war dieses von einer Wärme, die mit dem vollendeten kritischen Rationalismus seiner Theologie in einem gewissen Widerspruch zu stehen schien. Seine eigentliche Größe — eine wirkliche Größe — war aber die vollendete, sich oft bis zur Pedanterie steigende Exaktheit und Gewissenhaftigkeit seiner Gelehrtenhaltung. Wenn das Wort: „Deutsch sein heißt, eine Sache um ihrer selbst willen treiben“ irgend einmal Wahrheit gehabt hat, so gewiß bei ihm. Damit wirkte er in seltenem Maße erzieherisch. Er war auch sonst ein ausgezeichnete Lehrer und seinen Studenten bis weit über die Universitätszeit hinaus auch ein treuer Seelsorger. Auch der Schreibende hat, in Jena als sein Schüler, später als Pfarrer und endlich als sein Kollege in Zürich, von ihm viel Hilfe und Beratung empfangen, für die er ihm dankbar bleiben wird. Schmiedel war aber vor allem durch einen Zug, den Hauptzug wohl seines Wesens, einzigartig: durch ein Leben in einer oft etwas dünnen, aber reinen Atmosphäre der *Geistigkeit*. Bei ihm war der heute so verschriene Idealismus etwas sehr Schönes und Großes, fast Wunderbares.

8. April.

#### *Zur schweizerischen Lage.*

Die Wasser der schweizerischen Politik sind fortwährend in starker Bewegung. Es sind einige Hauptthemen, welche ihre Richtung kennzeichnen.

In der *Innenpolitik* bewegen sich nach dem 24. Februar die Probleme und Kämpfe wieder auf der Linie, welche durch die *Krisen-Initiative* markiert wird. Diese wird vom Bundesrat durch eine ausführliche Botschaft, die auch bürgerliche

<sup>1)</sup> Ein von Hitler ernannter *Reichskommissar* soll, wie verlautet, die Sache in Ordnung bringen.

Anhänger der Initiative als eine „Parteischrift“ bezeichnen, heftig bekämpft. Auch in der Bundesversammlung ist sie mit fast allen bürgerlichen und bäuerlichen Stimmen, einige outsiders ausgenommen, abgelehnt worden. Nicht einmal ein Gegenvorschlag, der ihr bei der Abstimmung etwas Wind aus den Segeln genommen hätte, beliebte. Sie wird am 2. Juni zur Abstimmung gelangen und dann wird in den „Neuen Wegen“ wohl auch ein Wort dazu gesagt werden. Nicht verschweigen will der Schreibende schon heute, daß ihm zwar einige der Postulate der Initiative äußerst anfechtbar erscheinen, so vor allem die in Aussicht genommene Finanzierung durch sogenannte Prämienobligationen, deutlicher gesagt durch eine Art Staatslotterie, und das schwer erträgliche Maß von Kompetenzen, das der Bundesversammlung übertragen werden soll. Aber vielleicht kommt es bei der Beurteilung der Initiative nicht so sehr darauf an, ob man allen ihren einzelnen Forderungen zustimmen könne, als daß man ihre *Idee* billige. Vielleicht muß man sie mehr als eine Fahne betrachten, die einer Volksbewegung vorangetragen wird.

In der Tat bedeutet die mit ihr verbundene Bewegung den stärksten Strich, der seit sehr langer Zeit durch die bisherige Gruppierung der Parteien gemacht wird. Es sammelt sich um sie die sogenannte *Front der Arbeit*, als deren Führer man vor allem Doktor Gadiant ansprechen darf. Diese Front der Arbeit will sich der Front des Kapitals entgegenstellen und alle die Volkskreise sammeln, deren Interesse mit der Arbeit verbunden ist und nicht mit dem Kapital. Das sind aber mindestens zwei Drittel des Schweizervolkes. Auf das Zusammenhalten dieser Front der Arbeit und die daraus sich ergebende Politik und geistige Gesamthaltung soll die neue Volksgemeinschaft und die neue Demokratie gegründet werden. Das ist im Prinzip sicher der neue Weg. Ihn fordert die Entwicklung der Dinge gebieterisch. Daß wir Religiös-Soziale stets auf ihn hingewiesen haben, mindestens seit anderthalb Jahrzehnten, von einem Teil seiner jetzigen Nutznießer dafür verhöhnt (wenn wir nicht einfach totgeschwiegen wurden), muß noch einmal festgestellt werden. Und nun erleben wir etwas, was stets wieder einen Teil der menschlichen Tragik bildet: Nicht nur sehen wir uns, als Kompromittierte, bei der Verwirklichung dieses Programmes, zu dessen Schöpfern wir gehörten, von der Mitarbeit ausgeschlossen, das wäre zu ertragen, sondern wir müssen auch erfahren, wie dieses in der Ausführung verdorben wird, auf die Linie des geringsten Widerstandes gerät, in die Hand von Führern, die ihm moralisch und intellektuell nicht genügend gewachsen sind und von denen die bürgerlichen zu seiner Verwirklichung den Sozialismus ruinieren wollen, während die sozialistischen es für die Erhaltung ihrer Partei- oder Gewerkschaftsmacht brauchen möchten, zu diesem Zweck den Sozialismus verrätend. Dennoch — es ist der richtige Weg und die Aufgabe ist, ihn richtig zu gehen, ihn richtig zu gestalten und an Stelle schlechter oder doch ungenügender Führung eine bessere zu erstreben.

Wie gesagt: es bildet sich um diesen Strich durch das bisherige Parteiwesen die neue Gruppierung des politischen Kampfes. Wütend wehren sich gegen die neue Front diejenigen, die aus der alten Gruppierung Gewinn gezogen haben, vor allem die Inhaber und Verteidiger des großen Geldsacks und alle die Hasler des Sozialismus. Denn daß dieser neue Weg nach der Richtung des Sozialismus geht, nur im Sozialismus enden kann, sollte man nicht leugnen, um so weniger, als dies ein *neuer* Sozialismus und sicher kein Marxismus sein wird.

Daß diese Bewegung weit über die Kreise der Arbeiterschaft hinaus die Massen der Angestellten, ja auch der bedrängten Kleinhandwerker und Kleinkaufleute ergreift oder doch ergreifen kann, ist nicht auffallend. Aber am meisten hervorstechend ist, daß sie tief in die *Bauernschaft* eindringt. Dies geschieht hauptsächlich in zwei Formen: als *Freigeldbewegung* und als *Jungbauerntum*. Die Freigeldbewegung hat etwas von der revolutionären Werbekraft der nun verkalkten Sozialdemokratie übernommen. Auch ist sie ja nicht nur eine Freigeld-, sondern auch eine Freilandbewegung. So hat sie besonders im Bernerland weite Bauernkreise erobert, aber auch in der Ostschweiz viel bäuerlichen Anhang gewonnen. Die Jungbauern-

Bewegung charakterisiert sich vor allem dadurch, daß sie die enge Verbindung des Bauerntums mit dem bürgerlichen Kapitalismus, deren Exponenten solange Professor Laur auf der einen und Bundesrat Schulthess auf der andern Seite gewesen sind, und die mit einer bösartigen Verhetzung der Bauern gegen die Arbeiter und den Sozialismus verbunden war, zerreißen und ein besseres Verhältnis zum Arbeiter herstellen, aber auch eine originale Bauernkultur schaffen will. Alles Dinge, denen wir von Herzen zustimmen können.<sup>1)</sup> Unter diesem Gesichtspunkt erscheint die Front der Arbeit vor allem als ein *Bund von Bauern und Arbeitern* und damit ganz besonders als Rückgang zu den Quellen der Eidgenossenschaft.

Gegen diese neue Bewegung des Bauerntums wehren sich, während Professor Laur eine kluge Zurückhaltung beobachtet, besonders die alten Führer der reaktionären und kapitalistischen Bauernpartei und unter ihnen vornehmlich die Herren- und Couponbauern nach der Art eines Abt, Gnaegi und Reichling. Der Führer der Jungbauern-Bewegung, Nationalrat Hans Müller von Großhöchstetten in Bern, wird aus der nationalrätlichen Fraktion der Bauernpartei ausgeschlossen. Es kommt nicht nur in Bern, sondern auch in Solothurn, in Zürich, im Aargau und im Thurgau zu heftigen Zusammenstößen zwischen den „Alten“ und den „Jungen“, wobei „Alt“ und „Jung“ sich nicht immer nach dem Kalender scheiden. Im Ganzen ist diese Jungbauern-Bewegung etwas vom Erfreulichsten und Erhofftesten, was man seit langem in der Schweiz erleben durfte.

Diese neuen Wallungen spiegeln sich auch in den *Wahlen* wieder. In Graubünden hat eine solche „Front der Arbeit“ einen Demokraten (Dr. Lardelli) an Stelle eines sogenannten Freisinnigen in den Ständerat gebracht. (Wie es mit der Demokratie von Leuten steht, die für eine Lex Häberlin und jede Militärvorlage sind, wäre allerdings zu fragen!) In Basel hat jedenfalls diese Wallung eine sozialistische Mehrheit des Regierungsrates zustande gebracht, nachdem sie schon bei den Wahlen in den Großen Rat starke Erfolge gezeitigt hatte. Hier haben von „rechts“ her die Freigeldleute dazu mitgeholfen, während von „links“ her die „Einheitsfront“ zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten den Erfolg besiegelte.

Diese beiden Lager werden sich wohl immer deutlicher von einander abgrenzen. Im einen werden, um dies nochmals hervorzuheben, mit weitaus dem größten Teil der Arbeiterschaft, besonders der gewerkschaftlich organisierten, und einem großen Teil der Angestellten nebst vielen aus der Schicht der kleinen Handwerker und Kaufleute, einen Teil der Intellektuellen nicht zu vergessen, auch die erwachten Bauern stehen, im andern neben den Kreisen des Großkapitals die hartgefotenen *ideologischen* Reaktionäre, ebenso ein großer Teil der *Katholiken*, und hier wieder neben den an den Kapitalismus Gebundenen diejenigen, deren Ziele in der Enzyklika Quadragesimo Anno enthalten sind. *Zwischen* den Lagern stehen zum Teil die Kommunisten und Linkssozialisten, welche den Klassenkampf nicht preisgeben wollen und dazu einige, die zwar das neue Programm grundsätzlich billigen, aber nicht die Methoden seiner Verwirklichung, die man jetzt für gut hält.

Der Kampf der beiden Gruppen dreht sich gegenwärtig, wie gesagt, formell vor allem um die Krisen-Initiative, aber inhaltlich um den sogenannten *Lohnabbau*, womit dann auch die *Währungs- und Preisfrage* zusammenhängen. Für den Lohnabbau (welch ein häßliches neudeutsches Wort!) wird geltend gemacht, daß dadurch die Exportindustrie wieder lebensfähiger würde und daß überhaupt eine „Anpassung“ an die neuen Verhältnisse nötig sei, *gegen* ihn die Erhaltung der Kaufkraft und des ganzen Kulturstandes der Masse der Bevölkerung. Offenkundig scheint mir zu sein, daß hinter der Befürwortung des Lohnabbaues auch mehr oder weniger bewußt die *politischen* Tendenzen der Reaktion stehen: die Brechung der Macht des Sozialismus und der Arbeiterbewegung, der Faschismus

<sup>1)</sup> Ein Dokument der Jungbauern-Bewegung wartet schon lange auf Raum in den „Neuen Wegen“.

in maskierter Form. Fügen wir noch hinzu, daß auf der Linie der Krisen-Initiative irgend eine Form von *Plan-Wirtschaft* steht, die an Stelle der individualistischen reinen Privatwirtschaft treten müßte und die dann von dem sozialistischen „Plan der Arbeit“ weiter ausgeschafft wird.

So prallen die beiden Lager in starker Leidenschaft aufeinander. Schwere Gefahren steigen aus *diesem* Klassenkampfe auf. (Denn ein Klassenkampf ist es schließlich doch, wie der zwischen den alten Eidgenossen und den Feudalherren einer war!) Und da gehen nun gerade *die* Leute, deren drittes Wort ein Schelten über den „marxistischen Klassenkampf“ ist, hin und wählen an die Stelle des zurücktretenden, in dieser Beziehung immerhin auf größerer Höhe stehenden Schultheß ausgerechnet einen der herausforderndsten Vertreter des Klassenkampfes von rechts her, den Großindustriellen *Hermann Obrecht* aus Solothurn, Präsidenten oder Verwaltungsrät von etwa zwanzig Großunternehmungen und Bezüger von mindestens 50,000 Franken Tantiemen jährlich (um von den übrigen Einnahmen zu schweigen) zum *Bundesrat!* Er soll offenbar den Kampf des Kapitals gegen die große Masse des Volkes führen. Es ist aber sehr bezeichnend, daß es ausgerechnet die sogenannte katholische Fraktion der Bundesversammlung war, die den sogenannten Freisinnigen, die sich dagegen sträubten, wissend, wie unpopulär er sei, diesen Kandidaten aufdrängten. Bezeichnend ist es für Geist und Haltung unseres herrschenden Katholizismus wie für die ganze schweizerische Lage. Derart also arbeiten diese Herrschaften an der Herstellung der „Solidarität aller Volksgenossen“, von der sie an Festen so gerne reden.

Wir werden auf diese Wahl noch auf dem Umwege über die „äußere Politik“ der Eidgenossenschaft zurückkommen. Es sei zwischenhinein nur schnell einiges von den volkswirtschaftlichen und politischen Arbeiten und Kämpfen erwähnt, die mit diesen Gegensätzen und mit der Krise zusammenhängen. Die Bundesversammlung hat eine Milchpreistützung beschlossen, ebenso eine Hotel-Stützung. Für Arbeitsbeschaffung wurde ein Kredit von 18 Millionen ausgesetzt, von denen 3 Millionen auf Grenzbefestigungen verwendet werden sollen. Eine gewisse Preiskontrolle arbeitet seit einiger Zeit. Die Alpenstraßen-Initiative, die das Auto noch mehr anlocken soll, ist vom Bundesrat und der Bundesversammlung abgelehnt worden (beides nicht mit den *besten* Gründen, die dafür sprechen!), doch will man (leider!) deren Absichten wenigstens teilweise zu verwirklichen suchen. Die Initiative für die sogenannte Entpolitifizierung der Bundesbahnen hat es auf rund 115,000 Stimmen gebracht. Sie geht bekanntlich vom „Bund vornehmer Herren“ aus.

Daß unsere Kapitalisten noch nicht gerade auf dem letzten Loche pfeifen, zeigen Dividenden, wie 14 % der Nestlé-Gesellschaft und 15 % der Chemischen Industrie Basel (wobei diese Zahlen noch kein Bild von der wirklichen Höhe der Gewinne geben) und wie skrupellos sie sind, der Zementkandal, der bewies, daß der Zementtrust seine Preise manipulieren kann, gerade wie es ihm selber paßt.

Und nun zur „*äußern Politik!*“ Wir haben nämlich plötzlich eine solche, und zwar nicht bloß in der Form von Bekämpfung Rußlands und Verbeugung vor dem Faschismus und Nationalsozialismus. Ueber den *Fall Jacob* brauche ich wohl nicht viel zu sagen, er sagt vollkommen deutlich selbst, was er bedeutet. Jacob war ein bedeutender deutscher Journalist, Mitarbeiter Ossiewskys an der „Weltbühne“. Und er spielte eine bedeutende Rolle: er gehörte zu denen, welche die deutsche Aufrüstung dem Ausland enthüllten. Darum war er für die übrige Welt, und gerade auch für die Schweiz, ein Mensch von großem Wert, aber für das Dritte Reich gefährlich. Es gelang denn auch zuletzt, mit Hilfe eines verkommenen ehemaligen Sozialisten, Doktor Wesemann, und seiner Mitschurken, ihn von Straßburg her nach Basel zu locken, von wo er im Auto über die Schweizergrenze gebracht und der Rache des Dritten Reiches ausgeliefert wurde. Das alles, was unterstrichen werden muß, unter ausdrücklicher Mitwirkung amtlicher deutscher Organe. Die völkerrechtliche Tragweite dieses Aktes ist so klar, daß

diesmal fogar Motta fein Rückgrat etwas versteifen mußte.<sup>1)</sup> Die Schweiz verlangt, daß Jacob wieder über ihre Grenze gebracht werde und wird hoffentlich dabei bleiben. Viel wichtiger als diese rein schweizerische Frage ist freilich die Tatfache der internationalen Atmosphäre der Gewalt und des Mordes, die durch solche Akte geschaffen wird. Lessing, Formis, Dollfuß, Barthou und Alexander der Erste — um nur diese wichtigsten Fälle zu nennen — und nun Jacob. Wer wird folgen? Wenn es sich gar zeigte, daß auch der Tod von Mathilde Wurm und Dora Fabian, von dem anderwärts die Rede war, nicht Selbstmord wäre, sondern Mord, eine Tat der gleichen Macht! Aber es ist auch zu bedenken, daß diese Macht als ein mit deutscher Gründlichkeit ausgearbeitetes *System von Spionage und Propaganda* die ganze Schweiz überzieht, ähnlich wie während des Krieges, nur noch viel furchtbarer. Es ist auch mit Recht auf die Tätigkeit eines *Gustloff* hingewiesen worden, der von Davos aus unter wohlwollender Duldung Wilhelm Hotels in der ganzen Schweiz die nationalsozialistische Organisation ausbaut, deren letzte Zwecke für jeden, der sehen will, klar genug sind. Auch sonst tritt diese ganze Arbeit, deren Ziel die Eroberung der Schweiz ist, offen genug zutage. In Basel wagen es deutsche Studenten, die Entfernung antifaschistischer Zeitungen aus dem akademischen Lesesaal zu verlangen. Die „Deutsche Studentenschaft“ dient selbstverständlich auch Propagandazwecken — jeder deutsche Student soll ja ein Propagandist des Dritten Reiches sein.

Die schlimmste Gefahr bleibt aber immer der Verrat der Schweiz durch die Schweizer selbst. Und es ist besonders interessant, wie dieser so oft mit großem Eifer für die sogenannte Landesverteidigung verbunden wird. Nur einige Beispiele dafür. In Zürich haben Leute, die sehr für die „Landesverteidigung“ sind, im Bunde mit Reichsdeutschen in diesen entscheidungsvollen Zeiten ausgerechnet einen Reichsdeutschen zum „Studentenseelforger“ bestellt. Damit er es werden könne, mußte feststehen, daß er nicht gegen die „Landesverteidigung“ sei. Kann man die besser illustrieren? Jenem mehr geistigen Beispiel tritt ein mehr materielles zur Seite: Wie die Zeitungen meines Wissens unwidersprochen berichteten, haben drei schweizerische Großbanken, darunter Leu & Co. in Zürich, den deutschen „Arbeitsdienst“, der nur leicht maskierter Militärdienst ist, finanzieren helfen. Wahrscheinlich haben die gleichen Banken auch für die Durchsetzung der Militärvorlage Geld hergegeben und geben sie solches für die Lex Weisflog her. So wunderbar verschlingen sich die Dinge! Auch an die drei Milliarden, die diese Schweizer nach Deutschland gegeben haben, wo sie halfen, dieses aufzurüsten, auch gegen uns, darf erinnert werden. Ebenso daran, daß der Fememörder Schulz, der im Fall Jacob auch tätig gewesen sein soll, ruhig in der gleichen Schweiz geduldet wurde, wo man so manchen wackeren Sozialisten, Demokraten, Pazifisten schmählich behandelt — wenn er nämlich nicht Geld hat! Ferner daran, daß Schweizer Blätter es nicht nur fertig gebracht haben, die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland zu begrüßen (so die „Front“), sondern fogar im Fall Jacob Hitler zu Hilfe zu kommen. (So das hochmilitärische „Berner Tagblatt“.) Es wird fogar von einer Zusammenarbeit gewisser schweizerischer Kreise mit der Gestapo gemunkelt. Was ist daran?

Wir kommen damit von selbst auf den 24. Februar zurück. Man hat damals wieder einmal sehr verächtlich über die Schweiz als *Vorbild* geredet. Und nun hat sich immer neu gezeigt, daß sie dies in hohem Maße sein kann und im *üblen* Sinne auch ist. Sowohl im englischen als im französischen Parlament ist wiederholt auf die Schweiz als *Vorbild für die Aufrüstung* hingewiesen worden; dazu reichlich in der Presse jener Länder.<sup>2)</sup> Und ist es sicher, ob nicht auf der Waage, mit der Hitler und der deutsche Generalstab in bezug auf die Weltmeinung Vorteile

<sup>1)</sup> Es sei in diesem Zusammenhang auch erwähnt, daß *Heinz Neumann* nun also nicht an Deutschland ausgeliefert wird. Aus der Schweiz ausgewiesen wird er freilich.

<sup>2)</sup> Auch die *skandinavischen* Länder berufen sich auf das Vorbild der Schweiz.



und Nachteile der Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht wogen, zuletzt das Gewicht dieser schweizerischen Abstimmung entschieden hat? Oft gibt ja ein kleines Gewicht den Ausschlag. So arbeiten wir auch in dieser Hinsicht für die „Landesverteidigung“.<sup>1)</sup>

Den Gipfel dieser Lüge unserer „Landesverteidigung“ aber bildet jene Wahl von *Hermann Obrecht* zum Bundesrat. Denn dieser Hermann Obrecht ist der größte Rüstungsfabrikant der Schweiz. Er ist Präsident der Waffenfabrik Solothurn und Verwaltungsrat der Waffenfabrik Steyr-Solothurn. Besonders die Waffenfabrik Solothurn war nur eine Filiale der deutschen Waffenfabrik in Düsseldorf und hat zur deutschen Aufrüstung sehr wesentlich beigetragen. Beide Unternehmungen werden von deutschem Kapital und seinen Vertretern beherrscht. Und nun wird ein Mann, der solche Geschäfte trieb, der zu solchen Geschäften *fähig* ist, Bundesrat, ausgerechnet in dem Zeitpunkt, wo man uns auf den 24. Februar hin mit dem Hinweis auf die deutsche Aufrüstung, die Obrecht so wirksam unterstützt hat, zu einer schweizerischen Gegenaufrüstung aufforderte. Wenn ein Dienstverweigerer, der die Schweiz glühend liebt, nie etwas zu ihrem Schaden getan hat und auf seine Art gerne für sie sein Leben hingäbe, im Namen Gottes den Militärdienst verweigert, dann ist er ein Landesfeind und kommt ins Gefängnis, wenn aber ein eidgenössischer Oberst im Namen des point d'argent, point de Suisse den einzigen für die Schweiz in Betracht kommenden Feind bewaffnen hilft, dann kommt er — in den Bundesrat! Aber es wird noch besser! Wer hat auf den 24. Februar hin monatelang das Land bereist, um im Namen des Patriotismus und der Rettung der Schweiz die Aufrüstungsvorlage zu empfehlen? Bundesrat und Oberst Minger. Und wer hat sich besonders eifrig bemüht, den Obersten, welcher Deutschland so wirksam gegen uns aufrüsten half, in den Bundesrat zu bringen? *Bundesrat und Oberst Minger!*

Interessant ist aber auch, was unsere patriotischen und militäreifrigen Zeitungen, und darunter sogar „demokratische“, zu dieser merkwürdigen Art von Landesverteidigung sagen. Das „Journal de Genève“ erklärt: „L'élection de M. Obrecht ne soulève aucune objection au point de vue nationale!“ Die „Neue Zürcher Zeitung“ (die im übrigen doch einige Skrupeln hegte) redet von Obrechts „ausgedehnter (!) Tätigkeit in der Wirtschaft“ und die „Nationalzeitung“ von „erfolgreicher (!) privatwirtschaftlicher Wirksamkeit“, von jenem Wahltag aber als von einem „großen Tag“. Wenn das unsere „großen Tage“ geworden sind, dann steht es glänzend mit der Verteidigung der Schweiz!

Dieser schweizerische Militarismus hat sich über die Tatsache, daß jene *vierundzwanzig Zürcher Pfarrer* vor der Aufrüstung der Schweiz gewarnt haben, immer noch nicht beruhigt. Wieder fühlte sich ausgerechnet der „Unteroffiziersverein aller Waffengattungen“ berufen, über die richtige Auslegung des Evangeliums zu wachen. Er forderte vom kantonalen Kirchenrat sofortige Amtsentlassung dieser Pfarrer. In seiner Antwort erwies sich der Kirchenrat, der früher gegen ein ähnliches Ansinnen der Nationalen Front diese Pfarrer recht tapfer und ritterlich in Schutz genommen hatte, sehr schwach. Er berief sich darauf, daß er keine gesetzlichen Mittel habe, gegen diese Pfarrer vorzugehen, da sie im übrigen ihr Amt gewissenhaft verwalteten und vertieg sich dann zu der

<sup>1)</sup> Nichts kann darum törichter sein, als wenn *Leopold Schwarzschild* in seinem „*Neuen Tagebuch*“ den Ausgang der Abstimmung vom 24. Februar als einen Erfolg im Kampfe gegen Hitler und eine Aeußerung echter Demokratie hinstellt. In Wirklichkeit war es eine direkte Unterstützung Hitlers, noch ganz abgesehen davon, daß hinter der Militärvorlage der Faschismus lauerte, den nur der entschlossenste Kampf der Pazifisten und wirklichen Demokraten gegen diese „demokratische“ Vorlage verhindert hat. Dieses Beispiel beweist schlagend die Verblendung einer Art von Emigrantpolitik, die glücklich ist, wenn sie meint, es sei wieder eine Flinte mehr für den „demokratischen Krieg“ gegen Hitler gewonnen.

Erklärung, diese Pfarrer seien immerhin weniger gefährlich als das drohende Neuheidentum. Pfarrer, die unbedingt gegen den Krieg sind, bedeuten also in den Augen des Kirchenrates immerhin eine Gefahr, wenn auch eine geringere als das Neuheidentum. (Welche Götter betet denn dieses an? Mars ist doch auch ein Heidengott? Und Moloch?) Er selbst läßt über seine richtige Jüngerschaft Christi keinen Zweifel; er sei natürlich für die Militärvorlage gewesen. Wie könnte ein Kirchenrat anders! Selbstverständlich hat er auch keinen Tadel für die Pfarrer, welche die Vorlage empfohlen haben. Aber noch schlimmer erscheint mir die öffentliche Rüffelung von Pfarrer Bachmann, weil er — entsetzlich! — in einer von Kommunisten, Linkssozialisten, ethischen und religiösen Antimilitaristen veranstalteten Versammlung gegen jene Vorlage das Weihnachtsevangelium verkündigt hatte. Ich weiß — wie ich hier schon früher berichtet habe — welcher großen Eindruck das gerade auf viele Kommunisten gemacht hat und ich frage: Wer entsetzte sich darüber, daß Jesus „der Zöllner und Sünder Genosse“ wurde? Das Schlimmste aber ist vielleicht doch, daß man die Broschüre über den 9. November eine „Tendenzschrift“ nennt. Welche Tendenz hat diese Schrift? Die Tendenz, der Wahrheit und Menschlichkeit, ja dem Evangelium zu dienen. An welchem Punkte ist der Kirchenrat imstande, nachzuweisen, daß in jener Broschüre nicht die Wahrheit rede, sondern die Parteitendenz? Hat er sie überhaupt gelesen? Schwerlich. Aber es dünkt ihn selbstverständlich, daß ein Kirchenrat seinen Segen dazu gebe, wenn man mit Maschinengewehren auf das Proletariat schießt und ein Blutbad anrichtet, falls nur der Staat es verfüge. Ein solches Kirchentum ist durch Jesus gerichtet und wird zerfallen.

Was übrigens das Neuheidentum betrifft, so könnte der Kirchenrat es auch antreffen, wenn er den Aufsatz läse, den Oberst Bircher unmittelbar nach dem 24. Februar in seiner militärischen Zeitschrift über das Kriegs- und Friedensproblem gelesen hat.<sup>1)</sup> Hier walten die neuen und alten Götzen, gegen die wir kämpfen müssen, wenn die Schweiz gerettet werden soll. Wenn von den „vaterländischen“ Verbänden als Ziel eine „wehrhafte und christliche“ Schweiz in einem Atemzuge gefordert wird, so sollte ein Kirchenrat *dagegen* seine Stimme erheben. Er sollte für *Christus* eintreten, statt für Cäsar.

Inmitten dieser Lage spielt der von seinen sogenannten Führern verratenene Sozialismus eine wenig erbauliche und wenig großartige Rolle. Man muß immer wieder froh sein, wenn, bei all seinen Fehlern, Nicole ihm ein wenig Rasse verleiht, so neuerdings durch die Weigerung, den sogenannten Luftschutz in Genf durchzuführen. Man ist im übrigen nun in den Fall gekommen, seinen Lohn für die am 26. Januar und am 24. Februar bewiesene „nationale Haltung“ zu fordern. Die Gelegenheit war vorhanden. Ein Bundesratsitz wurde frei. Dazu Regierungsratsitze. Man meldete sich für den Bundesrat an. Schade nur, daß nicht Grimm oder Huber in Betracht kamen! (Aber man kann warten.) Man versuchte es im Thurgau und in Zürich. Die Antwort war, wie man zum voraus hätte wissen können, Hohn und Spott. Die „Vaterländischen“ warnten noch besonders vor einem sozialdemokratischen Bundesrat, da die Sozialdemokratie in der „Landesverteidigung“ doch noch nicht sicher genug sei. Es wurde Obrecht zum Bundesrat gewählt, nicht Perret oder Grimm oder Huber. Doktor Roth muß im Thurgau weiter warten. Nur Nobs ist es in Zürich gelungen, die Frucht seiner Politik zu ernten, aber im übrigen erzeugte diese gerade im Kanton Zürich eine Niederlage, und zwar wegen der inneren Lähmung der Partei, die wohl an die fünfzehntausend Wähler veranlaßte, *nicht* für die drei sozialdemokratischen Kandidaten für den Regierungsrat und für die sozialdemokratischen Großratslisten zu stimmen. Man wird noch ganz andere Früchte dieser Art ernten!<sup>2)</sup>

<sup>1)</sup> Gemeint ist der Beitrag: „Gedanken eines Pazifisten“ in der „Allgemeinen Schweizerischen Militärzeitung“. (Nr. 3.)

<sup>2)</sup> Sollte es sich bestätigen, daß die Frontisten gerade in den Arbeiterquartie-

Hoffentlich stärken solche Erfahrungen die Opposition in der Partei selbst. Diese hat sich sehr entschieden am Parteitag der Neuenburger gezeigt, die einstimmig erklärten, sie würden an ihrer bisherigen (scharf antimilitaristischen) Einstellung zum Militär festhalten.

Im übrigen: diese *Wahlen!* Welch eine falsche Rolle spielen sie immerfort! Welch eine Energie wird auf sie verwendet! Man spart auch sogenannte Skandale, wirkliche oder vorgegebene (Hauser und Canevascini) extra für solche Zeiten auf, um damit Wahlgeschäfte zu machen und zeigt damit, wie wenig es sich dabei um sittlichen Ernst handelt. Und was kommt bei dieser Wählerei heraus? Es werden doch nur wieder die Parteimarionetten in die Räte geschickt. Ein Mann wie *Werner Schmid* hat es zwar in Zürich als Kandidat für die Regierung auf rund 12,000 Stimmen gebracht. Aber warum ist er nicht *gewählt* worden, statt der andern? Welch eine geistige Trägheit! Da muß der Geist noch ganz anders dreinwehen. Neues Leben, nicht neue Wahlen — und eines Tages dann vielleicht neue Wahlen aus neuem Leben!

## Von Büchern

*Charlot Straßer: Aberglaube, Kurpfuscherei, Seelenheilkunde.* Vierzehn Vorlesungen, gehalten an der Volkshochschule Zürich. Genossenschaftsbuchhandlung Zürich.

Man kann dieses Buch Doktor Straßers nicht genug empfehlen. Dieses ebenso aus einer hohen, edlen und gütigen Menschlichkeit wie aus gründlichstem Wissen, reichster Erfahrung und weitester Bildung stammende Denken strömt wie Wasser aus einem Bergquell in die versumpften Niederungen unserer Zivilisation. Da ist bei allem Kampf gegen den Aberglauben keine bloße Verstandesaufklärung, die nur einem andern Aberglauben diene, bei aller Anerkennung des Natürlichen kein grober Naturalismus, bei aller geistigen Freiheit keine Befürwortung des Libertinismus. Ganz besonders wertvoll erscheinen mir die Ausführungen über das Nervenleben, die sexuellen Probleme und die Psychoanalyse. Die Urteile dieses Mannes wird niemand als „weltfremd“, „theologisch“ oder gar „muckerisch“ auf die Seite schieben können. Ich möchte dieses Buch als eine Art Handbuch betrachten, nach dem Menschen, die entweder mit eigener Leibes- und Seelennot von der angedeuteten Art oder mit der Anderer ringen, immer wieder greifen müßten. Es verkörpert sich darin Art und Gesinnung des rechten *Arztes*. L. R.

*Rudolf Schlunk: Ein Pfarrer im Kriege.* Kriegserlebnisse eines renitenten Pfarrers. Neuwerk-Verlag, Kassel.

ren Fortschritte gemacht hätten, dann wäre das eine Bekräftigung unserer Voraussagen auf den 26. Januar hin.

Das Flugblatt der „Neuen Front“, genannt „Freiheit in der Gemeinschaft“ (im Volksmund: „Freiheit in der Gemeinheit“), geht, in unfagbarer Gemeinheit mit seinem Vorbild, Streichers „Stürmer“, wetteifernd, über das hinaus, was man noch gesetzlich dulden darf. „Schmutzschrift“ ist dafür ein noch viel zu gelindes Wort. Man ist entsetzt, daß so etwas überhaupt möglich geworden ist. Und das soll eine „nationale“ und gar noch „christliche“ *Erneuerung* sein!

Wenn solches Gebaren nur tiefe Verachtung verdient, so ist auf der andern Seite sicher, daß die sozialdemokratische Taktik, die am 26. Januar siegte und am 24. Februar einige erste Früchte zeitigte, der Sozialdemokratie ebenfalls *allgemeine Geringschätzung* eingetragen hat. Auch diese hat sich in den Wahlen vom 7. April gezeigt.